

Entscheidungserhebliche Gründe

zum Beschluss des Bewertungsausschusses nach § 87 Abs. 1 Satz 1 SGB V in seiner 485. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) zur Durchführung von psychotherapeutischen Sprechstunden und probatorischen Sitzungen als Videosprechstunde mit Wirkung vom 23. März 2020 bis 30. Juni 2020

1. Rechtsgrundlage

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung und der GKV-Spitzenverband vereinbaren gemäß § 87 Abs. 1 Satz 1 SGB V im Bewertungsausschuss den Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM).

2. Regelungshintergrund

Aufgrund der aktuellen Ausbreitung der Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 werden vermehrt persönliche Arzt-Patienten-Kontakte durch Arzt-Patienten-Kontakte im Rahmen einer Videosprechstunde gemäß Anlage 31b zum BMV-Ä ersetzt. Daher wurden am 23. März 2020 durch die Kassenärztliche Bundesvereinigung und den GKV-Spitzenverband in Ergänzung der Vereinbarung über die Anwendung von Psychotherapie in der vertragsärztlichen Versorgung – Psychotherapie-Vereinbarung (Anlage 1 zum BMV-Ä) Sonderregelungen zur Anwendung von Psychotherapie in der vertragsärztlichen Versorgung aufgrund von SARS-CoV-2 getroffen.

3. Regelungsinhalt

Mit dem vorliegenden Beschluss ermöglicht der Bewertungsausschuss, die Gebührenordnungspositionen 30931 (Probatorische Sitzung), 35150 (Probatorische Sitzung) und 35151 (psychotherapeutische Sprechstunde) des EBM zeitlich befristet bis zum 30. Juni 2020 auch bei Durchführung der Leistung im Rahmen einer Videosprechstunde zu berechnen, sofern die technischen Voraussetzungen gemäß der Anlage 31b zum BMV-Ä erfüllt sind. Ein persönlicher Arzt-Patienten-Kontakt gemäß 4.3.1 der Allgemeinen Bestimmungen zur Eingangsdiagnostik, Indikationsstellung und Aufklärung muss nicht vorausgegangen sein.

Des Weiteren wurde geregelt, dass die in der vierten Bestimmung zum Abschnitt 30.11, der zweiten Bestimmung zum Abschnitt 35.1 und der sechsten Bestimmung zum Abschnitt 35.2 des EBM genannten Gebührenordnungspositionen auch dann bei Durchführung der Leistungen im Rahmen einer Videosprechstunde berechnungsfähig sind, wenn aufgrund der Sonderregelungen zur Psychotherapie-Vereinbarung ggf. kein persönlicher Arzt-Patienten-Kontakt gemäß 4.3.1 der Allgemeinen Bestimmungen zur Eingangsdiagnostik, Indikationsstellung und Aufklärung vorausgegangen ist.

Der Bewertungsausschuss wird spätestens zum 31. Mai 2020 prüfen, ob eine Verlängerung bzw. Anpassung der Regelungen erforderlich ist.

4. Inkrafttreten

Der Beschluss tritt mit Wirkung zum 23. März 2020 in Kraft.